

Abgeordnetenhaus von Berlin – 15. Wahlperiode

81. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 16. Februar 2006

Öffentlichen Wohnungsbestand des Landes Berlin durch ein tragfähiges Gesamtkonzept dauerhaft sichern

Vizepräsidentin Michels: Danke schön! – Für die SPD-Fraktion hat nunmehr der Herr Abgeordnete Schimmler das Wort. – Bitte schön, Herr Schimmler!

[Braun (CDU): Keine Vertuschungsmanöver, Herr Schimmler!]

Schimmler (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Kaczmarek! Wenn man Ihre Vorlage liest, bleibt für die Beschäftigten, die Sie in landowskyscher Manier verteidigen, nur eine Sozialwohnungsverwaltungsstelle übrig. Die jedoch wird nicht sehr viele Mitarbeiter haben, wenn Sie einmal Ihren eigenen Antrag genau lesen. Zu dem, was Sie zu Herrn Müller gesagt haben, rate ich Ihnen, einmal nachzulesen. Herr Müller hat nur die berechnete Frage gestellt, ob die WBM noch lebensfähig ist, wenn so viele Wohnungen verkauft werden sollen. Diese Frage aber muss man stellen und sie ist auch in dem Sinn, was Sie eben gefragt haben.

Wir als SPD-Fraktion haben deutlich gesagt, dass wir weiteren Blockverkäufen nur zustimmen, wenn eine Gesamtstrategie vorliegt, und auch einzelnen Verkäufen nur dann, wenn sie zwingend notwendig sind, wenn also die Insolvenz droht. So sehen wir für den beabsichtigten Verkauf von 2 380 Wohnungen im Märkischen Viertel durch die GESOBAU derzeit keinen Bedarf.

[Eßer (Grüne): Nächster Kandidat!]

Die Abgeordneten Kaczmarek und Schruoffeneger haben in der Begründung der Aktuellen Stunde davon gesprochen, dass seit der Koalitionsvereinbarung von SPD und PDS nichts geschehen sei, dass die Koalition die Probleme verschlafe. Der Aufschrei der Grünen ist uns unverständlich, denn nach Ihrem Konzept, Herr Schruoffeneger, das Sie gerade so gelobt haben, müssen wir noch schnell 100 000 Wohnungen verkaufen. Das allgemeine Lamento der CDU liegt möglicherweise daran, dass sie so selten im Plenarsaal anwesend ist. Wenn Sie behaupten, wir hätten nichts getan, frage ich Sie: Haben Sie nicht wahrgenommen, dass dieser Senat, insbesondere die Senatorin für Stadtentwicklung und der Finanzsenator, Vorstände und Aufsichtsräte ausgewechselt haben,

[Frau Oesterheld (Grüne): Ja, aber wie! –

Frau Dr. Klotz (Grüne): Bielka!]

dass mit einer Bestandsaufnahme von Ernst & Young, die Sie alle nachlesen konnten, erstmals erreicht wurde, dass verlässliche Daten über alle Gesellschaften vorliegen, die Sie jetzt zitieren können, dass erstmals einheitliche Kennzahlen und ein Berichtssystem eingeführt worden sind, die erlauben die Gesellschaften zu vergleichen und Schwachstellen zu analysieren? Hat die Opposition nicht wahrgenommen, dass nach Verlusten im Jahr 2004 in Höhe von 46,8 Millionen € im Jahr 2005 erstmals ein positives Ergebnis in Höhe von 35,67 Millionen € erwartet wird, dass nur noch zwei Gesellschaften Verluste schreiben und dass die Stadt und Land ihre Verluste mehr als halbiert hat, dass sich auch die Schulden der sechs Gesellschaften insgesamt um 1 Milliarde € verringert haben? – Wenn das nicht ein Anpacken des Problems ist, weiß ich nicht, was Sie die ganze Zeit gemacht und wie Sie die Angelegenheit verfolgt haben.

[Beifall bei der SPD]

Wer dies nicht wahrnehmen will, leidet entweder an Wahrnehmungsdefiziten oder macht böswillig Stammtischpolitik.

In der Tat, der Hintergrund der Misere der Wohnungsbaugesellschaften ist, dass sich das Land Berlin hieraus zu Gunsten seines Etats häufig bedient hat: Mit In-sich-Geschäften, Sonderdividenden und gesonderten Verkäufen.

[Eßer (Grüne): Ihr Finanzsenator! –

Zurufe der Abgn. Frau Oesterheld (Grüne)

und Schruoffeneger (Grüne)]

Auch das Abgeordnetenhaus hat fleißig – insbesondere in Wahljahren – einvernehmlich immer wieder gesagt: Nicht die Mieterhöhung, die sich aus dem Förderungsabbau ergibt, verlangen, die lassen wir weg. Auch das hat den Gesellschaften finanziell nicht gut getan. Darum sollten Sie nicht herumreden.

[Beifall bei der SPD]

Aber es gab eben auch Gesellschaften, die meinten, sie müssten den Global-Player spielen. Die haben sich auf andere Gebiete begeben, Herr Kaczmarek hat das eben zu Recht angesprochen.

[Zuruf des Abg. Schruoffeneger (Grüne)]

Die WBM hat natürlich mit dem Haus des Lehrers, mit dem Kongresszentrum und anderem auf dem völlig falschen Markt agiert

[Eßer (Grüne): Wer hat das veranlasst?]

und das auch noch flopmäßig.

[Goetze (CDU): Welcher Senator hat das denn betrieben?]

Die SPD-Fraktion hat sich 2002 entschlossen, Forderungen für den Verkauf landeseigener Wohnungen aufzustellen. Sie hat hierzu als erste ein Konzept vorgelegt, auch mit Kriterien für den Verkauf von Wohnungen. Der Verkauf von Wohnungen ist dabei nicht ausgeschlossen worden, sollte aber einen Kernbereich von 13 bis 17 % erhalten, wie in den deutschen Großstädten üblich, also im Durchschnitt 15 %. Das waren im Jahr 2004 280 000 Wohnungen. Das wäre nur mit dem Verkauf der GSW auch einzuhalten gewesen. Durch Einzelverkäufe hat sich die Zahl inzwischen auf 277 000 am 30. September 2005 reduziert,

[Schruoffeneger (Grüne): Herr Gaebler will aber 280 000 Wohnungen halten!]

Ende 2005 hat der Anteil nur noch 14,7 % betragen. Wenn jetzt die angedachten Verkäufe – GESOBAU, GEWOBA in geringem Umfang, Stadt und Land sowie die Wohnungsbaugesellschaft Mitte – realisiert würden, würden wir bereits unter 260 000 Wohnungen liegen. Damit wären wir in einem Bereich, der zwar immer noch innerhalb der 13-%-Grenze liegt, aber dennoch einer ist, auf den wir genau sehen. Die SPD erwartet vom Senat ein Konzept, damit man deutlich sieht, wie künftig weiter mit den Wohnungsbaugesellschaften verfahren werden soll.

[Beifall bei der SPD –

Vereinzelter Beifall bei der Linkspartei.PDS]

Nicht, weil wir die Ideologie vertreten, dass Wohnungen unbedingt staatlich verwaltet werden müssen – wir sehen es in Marzahn mit Lone Star, die können es zum Teil sogar günstiger, und teilweise mieterfreundlicher als manche unserer eigenen Gesellschaften

[Frau Oesterheld (Grüne): Leider!]

leider. Berlin ist eine Mieterstadt. Wir brauchen deshalb weiterhin städtische Wohnungsgesellschaften, damit wir Einfluss behalten bei Nachfragedruck auf Mieten, damit wir nicht nur Wohnungen für sozial Schwache zur Verfügung stellen, sondern auch auf den Mietpreisspiegel Einfluss nehmen können. Deshalb das Stopp-Schild der SPD-Fraktion gegenüber den Verkäufen. Dies schließt nicht aus, dass gleichwohl auch im Jahr 2006 Wohnungen im Paket verkauft werden, wenn die Liquidität eines Unternehmens in Gefahr ist. Dies allerdings ist etwas, was finanziell entsprechend abgesichert werden muss. Hier müssen in der Tat Alternativen geprüft werden. Gerade aber Alternativen vermissen wir auf Seiten der Opposition, außer bei der FDP, aber die will ohnehin halb Berlin verkaufen. – Danke sehr!

[Beifall bei der SPD –

Vereinzelter Beifall bei der Linkspartei.PDS]